



Christian Christen ist Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Tobias Michel ist Betriebsrat im Essener Krupp-Krankenhaus und arbeitet in der AG Soziale Sicherungssysteme von Attac.

Werner Rätz ist Mitarbeiter der Informationsstelle Lateinamerika (ila) in Bonn und vertritt sie im Koordinierungskreis von Attac.

AttacBasisTexte 6

Christian Christen/ Tobias Michel/Werner Rätz Sozialstaat:

**Wie die Sicherungssysteme funktionieren
und wer von den »Reformen« profitiert**

VSA-Verlag Hamburg





www.attac.de

www.vsa-verlag.de

Inhalt

1. Was ist zu verteidigen?	7
2. Der Sozialstaat – woher und wohin?	10
Entwicklungsphasen	12
Von Bismarck und Beveridge – Leitbilder sozialer Sicherung	15
Aspekte neoliberaler Sozialstaatskritik	19
Sozialstaat und Globalisierung – Das Ende naht?	24
3. Die Demographie lügt nie, oder?	31
Das Alter einer Gesellschaft	31
Panikmache gilt nicht!	36
Produktivitätsentwicklung schlägt demographische Krise	38
Ist die soziale Sicherung ungerecht?	40
Die Realität hinter den demographischen Mythen	45
4. Alterssicherung: Können wir uns Oma und Opa noch leisten?	46
Was heißt Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren?	47
Ein altes Problem neu verpackt: die Verteilungsfrage	51
Rendite statt Rente – Geht das überhaupt?	53
Die Realität der kapitalgedeckten Alterssicherung – oder: Wer profitiert von ihr?	57
5. Gesundheitsversorgung:	
Wie krank ist die Gesellschaft?	64
Wer gewinnt beim Wettbewerb im Gesundheitssektor?	68
Woran kranken unsere Krankenversicherungen?	71
Rationierungen und Rosskuren	77
Die Realität hinter den Mythen von medizinischer und politi- scher Fürsorge	80
6. Was können wir tun?	82
Literatur	92
Internetlinks	94

© VSA-Verlag 2003, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
 Titelfoto: Karsten Hennig
 Alle Rechte vorbehalten
 Druck- und Buchbindearbeiten: Druckerei Runge, Cloppenburg
 ISBN 3-89965-005-0





1. Was ist zu verteidigen?

Jeder von uns kann bzw. wird unvermeidlich von Lebensrisiken betroffen sein: von Alter, Krankheit, Unfall, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit. Die Vorsorge gegen diese Risiken macht die Systeme der sozialen Sicherung innerhalb des Sozialstaates aus. Wie stark und wie umfassend sie ausgebildet sein sollen, ist jedoch seit je her umstritten. Und seit Jahren gehört die Behauptung, der Sozialstaat sei in einer schweren Krise, in jeder politischen Diskussion zum guten Ton. Doch dieser Ton verschärft sich zunehmend. Kein Tag vergeht, an dem nicht darüber geklagt wird, der Sozialstaat und seine Sicherungssysteme seien nicht mehr zu bezahlen: »Die deutschen Sozialleistungssysteme sind Schönwettersysteme, die nur zeitlich begrenzt funktionsfähig sind. Sie sind nach dem Prinzip der Kettenbriefe konstruiert: Man verspricht den zuerst Zahlenden, dass immer wieder neue Zahler in die Verpflichtung eintreten; die Nächsten tun dies in der Hoffnung, dass das auch für die gelte.« (Joachim Starbatty in der FAZ vom 22.2.2003: 13) Die »Wirtschaft« würde so durch den rechtlichen Rahmen und den finanziellen Aufwand des schrankenlos wuchernden Sozialstaats gefesselt und ausgepresst. Das Wirtschaftswachstum bleibe gering, weil der Arbeitsmarkt zu stark reguliert und das soziale Netz zu eng geknüpft seien. Die Litanei endet meist mit dem Verweis auf verkrustete Strukturen, welche die Marktkräfte lähmen würden. Nicht nur institutionelle und rechtliche Strukturen hätten sich wie Mehltau über die Gesellschaft gelegt, vielmehr würden auch unsere Köpfe von einer »Vollkasmentalität« beherrscht. Dass auch die rot-grüne Bundesregierung von diesen Vorstellungen geprägt ist, zeigt nicht zuletzt das Anfang 2003 lancierte Strategiepapier aus dem Kanzleramt (»Auf dem Weg zu mehr Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit«).

Hier setzt die »Faulenzerdebatte« an: das Bild vom »Sozial-schmarotzer«, der den Wirtschaftsstandort schädigt und zudem die Solidarität zum Nachteil der wirklich Bedürftigen ausnutzt, wird an die Wand gemalt. Im Grunde stehen alle Leistungsbezieher unter dem Generalverdacht, allzu gern die individuelle Frei-





heit dem kollektiven Zwang der Gemeinschaft unterzuordnen. Der Sozialstaat werde als Organisationsform akzeptiert, die vor den Unwägbarkeiten eines selbstständigen Lebens schütze. Dieser Schutz aber könne im Zeitalter von Globalisierung und demographischer Krise nicht länger bezahlt werden. Und so differenziert die Reformdiskussion auch erscheint, so steht eines fest: »Wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten!«

In den herrschenden Debatten um den Sozialstaat dominiert die neoliberale Kritik an ihm. Um diese zu überwinden, sind die populären Behauptungen kritisch zu analysieren. Damit stellen sich folgende Ausgangsfragen: Warum kann sich eine immer reicher werdende Gesellschaft den Sozialstaat nicht mehr leisten? Wer ist mit »wir« gemeint? Und was ist es, was wir uns nicht mehr leisten können oder wollen?

Umfragen zeigen bis heute, dass die Mehrheit der Deutschen den Sozialstaat und seine kollektiven Sicherungssysteme nicht aufgeben will. Der Umbau bzw. Abbau wird kaum begrüßt, sondern skeptisch bewertet oder bestenfalls als Schicksal hingenommen. Positive Entwicklungen werden mit der Reform des Sozialstaats nicht verbunden. Stattdessen werden soziale Verschlechterungen für sich selbst und die Gesellschaft erwartet. Diese Einschätzung ist in allen westeuropäischen Nationen ähnlich. Entsprechend führt die Ankündigung von Sozialreformen zu – unterschiedlich starkem – Protest und Widerstand.

Die Angst, über kurz oder lang zu den Verlierern zu gehören, scheint angesichts der Vielzahl an Vorschlägen zum Sozialabbau berechtigt – zumal der seit Jahren anhaltende neoliberale Umbau des Sozialstaats bisher nicht mehr Wachstum und Wohlstand für alle gebracht hat. Es wurde lediglich die Umverteilung von unten nach oben effektiver organisiert, die soziale Selektion und ökonomische Abhängigkeit verschärft und die Einnahmen der öffentlichen Hand bei steigendem privaten Reichtum zurückgeführt. Trotzdem gilt das Festhalten an sozialen Regulierungen als strukturkonservative und realitätsblinde Besitzstandswahrung. Der Einfluss dieses Stigmas ist so groß, dass es kaum nennenswerten Beiträge und/oder Kampagnen gesellschaftlicher Gruppen gibt, um den dominanten Diskurs zu brechen.

Eine Bedingung, diese defensive Rolle hinter sich zu lassen, besteht darin, dieses demagogische Raster kategorisch in Frage



zu stellen. Der Widerstand gegen den Abbau des Sozialstaats ist nichts Negatives, sondern die legitime Verteidigung zivilisatorischer, demokratischer Errungenschaften. Und erst mit Hilfe des Widerstands und der Formulierung von Alternativen lässt sich angemessen über die Zukunft der sozialen Sicherung streiten.

Wir wollen in diesem Buch die Argumente zur »Modernisierung des Sozialstaats« hinterfragen. Hierfür geben wir im zweiten Kapitel (*Sozialstaat – woher und wohin?*) eine kurze Einführung in die Geschichte. Im dritten Kapitel (*Die Demographie lügt nie, oder?*) setzen wir uns mit den demographischen Argumenten auseinander, die den Sozialstaatsdiskurs seit den 1980er Jahren begleiten. Vor diesem Hintergrund ergibt sich ein genaueres Bild der Grundüberzeugungen, auf deren Basis die Vorschläge der »Rürup-Kommission« entwickelt werden. Im vierten Kapitel (*Alterssicherung: Können wir uns Oma und Opa noch leisten?*) gehen wir auf die jüngste »Riester-Reform« ein. Im fünften Kapitel (*Gesundheitsversorgung: Wie krank ist die Gesellschaft?*) widerlegen wir die Angriffe auf die solidarische und paritätische Finanzierung und nennen die absehbaren Konsequenzen der anstehenden Gesundheitsreform. Im Schlussteil (*Was können wir tun?*) stellen wir einige Positionen dar, die im Kreis von Attac als zentrale Bestandteile für eine emanzipatorische Reform des Sozialstaats angesehen werden.

Wir gehen in diesem Buch nicht näher auf die Aspekte der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe ein. Dies wäre ausführlicher im Rahmen eines eigenen Textes über Arbeitspolitik und Grundeinkommen zu leisten.

Die globalisierungskritische Bewegung versteht sich auch und vor allem als *soziale Bewegung*. Sie muss diesem Anspruch nicht zuletzt dadurch gerecht werden, dass sie sich mit der sozialen Frage hier und heute auseinandersetzt. Es wird auf Dauer nicht möglich sein, auf der internationalen Ebene zu agieren, zu argumentieren und sich zu vernetzen, wenn sich »zu Hause« die Perspektiven für viele Menschen verschlechtern, weil die Arbeits- und Lebensbedingungen durch den Abbau der ohnehin mangelhaften sozialen Sicherungssysteme verschärft werden.

*Christian Christen, Tobias Michel, Werner Raetz
Berlin/Essen/Bonn, im März 2003*

